

Deutscher Bundestag

Aktueller Begriff

"Krieg gegen den Westen" – Deutlicher Anstieg von Zwischenfällen hybrider Kriegführung

Auf die Sprengung der in der Ostsee liegenden Nord-Stream-Pipelines am 26. September 2022 folgten seither im selben Seegebiet zahlreiche weitere Sabotageakte gegen maritime Infrastruktur. Anfang 2023 ereigneten sich mehrere Cyberangriffe auf deutsche Ziele, u. a. auf die SPD-Parteizentrale in Berlin, den die Bundesregierung als "schwerwiegenden Eingriff in demokratische Strukturen" wertete. In Warschau brach am 12. Mai 2024 in einem Einkaufszentrum ein Großbrand aus. Im Juli 2024 entging Deutschland nach Einschätzung des Verfassungsschutzes nur knapp einem Flugzeugabsturz, als sich im Logistikzentrum der DHL in Leipzig in einem Paket kurz vor der Verladung ein Brandsatz entzündete. Im gleichen Monat vereitelten Sicherheitsbehörden ein Attentat auf den Vorstandsvorsitzenden des Rüstungskonzerns Rheinmetall, Armin Papperger. Am 12. Februar 2025 berichtete der Inspekteur der Marine, Jan Christian Kaack, dass zwei deutsche Kriegsschiffe sabotiert worden seien.

Diese Geschehnisse sind nur eine kleine Auswahl der zahlreichen Zwischenfälle, die sich seit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 ereignet haben und nach Auffassung westlicher Nachrichtendienste mehrheitlich Russland zuzurechnen sind. Sie sind allesamt den hybriden Kriegführungsmitteln und -methoden zuzuordnen. Der Begriff "Hybride Kriegführung" steht hierbei für einen kombinierten Einsatz regulärer und irregulärer politischer, wirtschaftlicher, medialer, subversiver, geheimdienstlicher, cybertechnischer und militärischer Kampfformen, deren Anwendung den Zweck verfolgt, die völkerrechtlichen Grenzen zwischen Krieg und Frieden zu verwischen. Ein zentrales Motiv ihres Einsatzes ist die Schwierigkeit, (völker-)rechtlich unzulässige Handlungen zu attribuieren (zuzurechnen).

Hybride Kriegführung ist nicht neu. Neu sind jedoch seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine die zunehmende Frequenz und das breite Spektrum hybrider Aktivitäten. Laut einer Untersuchung der Universität Leiden stieg in Europa die Zahl der eindeutig von Russland ausgehenden Zwischenfälle hybrider Kriegführung deutlich - von 13 im Jahr 2023 auf 44 im Jahr 2024. Zu diesen Aktivitäten zählten dabei nicht nur Brandanschläge, Cyberangriffe, Sabotageakte oder Mordversuche, sondern auch Drohnenflüge über Industrieanlagen und militärischen Sperrgebieten, die Behinderung demokratischer Entscheidungsprozesse, massive Desinformationskampagnen (u. a. zur Wahlbeeinflussung wie z. B. in Rumänien) sowie die Nutzung sozialer Medien zur Beeinflussung des politischen Narrativs bzw. zur Radikalisierung, Rekrutierung und Steuerung von Bevölkerungsteilen. Laut General Carsten Breuer, dem Generalinspekteur der Bundeswehr, unterstreichen Zahl und Bandbreite der Russland zurechenbaren hybriden Aktivitäten, dass die Regierung in Moskau den Krieg gegen den Westen bereits begonnen habe. Sie denke diesen "Krieg als Kontinuum". Am Anfang dieses Kontinuums stehe dabei gegenwärtig die Anwendung unterhalb der Schwelle bewaffneter Gewalt liegender Konfliktmittel und -methoden, mit denen der Kreml verschiedene Zwecke verfolge. So dienen die russischen Desinformationskampagnen dazu, in den Bevölkerungen der westlichen Demokratien Unsicherheit und Misstrauen zu schüren und so einen Keil in ihre Gesellschaften zu treiben. Anschläge auf kritische

Nr. 05/25 (26. Februar 2025)

© 2025 Deutscher Bundestag

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung.

Infrastruktur (KRITIS) verunsichern die Bevölkerungen ebenfalls; sie schwächen aber auch die Wirtschaft. Insbesondere soll mit dem hybriden Krieg die Einheit des Westens, d. h. seine Fähigkeit unterminiert werden, politische Entscheidungen zügig herbeizuführen und umzusetzen. Hauptziel der russischen hybriden Kriegführung ist es laut Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), die demokratischen Staaten in ihrer Gesamtheit zu schwächen, ihren Willen und ihre Fähigkeit zur Landes- und Bündnisverteidigung (LV/BV) herabzusetzen und so den Weg für einen eigenen bewaffneten Angriff zu ebnen. Der hybride Krieg Russlands und die mutmaßliche Intention dahinter, nach "erfolgreichem" Ukraine-Krieg auch NATO-Staaten anzugreifen, wozu es laut Bundesnachrichtendienst bis 2030 in der Lage sein dürfte, stellen somit für die europäischen Demokratien aktuell eine große Herausforderung dar, auf die mit Ge- und Entschlossenheit reagiert werden müsste.

In diesem Zusammenhang gilt es zuallererst, die für eine glaubwürdige LV/BV erforderlichen Finanzmittel dauerhaft bereitzustellen. Zudem müssten die NATO- und EU-Mitgliedstaaten über die eingeleiteten Schritte hinaus zügig weitere wirksame Mittel und Methoden entwickeln, die dazu geeignet sind, Russland von seinen hybriden Aktivitäten abzuhalten, diese zu verhindern oder ihnen die Wirksamkeit zu nehmen. Diesbezüglich sehen NATO, EU und Think Tanks insbesondere in folgenden Bereichen weitere Handlungsbedarfe. Ein noch höheres Maß an Resilienz und Redundanzen in allen KRITIS-Sektoren könnte Russland veranlassen, künftig seine hybriden Aktivitäten gegen kritische Infrastrukturen zu überdenken, weil diese dann mit Ausnahme des wirtschaftlichen Schadens weitgehend ihre Wirkung verfehlen würden. Eine stärkere Überwachung und ein besserer Schutz von KRITIS, Industrieanlagen und militärischen Liegenschaften gegen physische und digitale Angriffe sowie gegen Spionage könnten Russland darüber hinaus von weiteren hybriden Aktivitäten abschrecken. Hierfür bedarf es auf nationaler und internationaler Ebene jedoch der zügigen Bereitstellung entsprechender Mittel (Personal, Ausstattung), einer verbesserten Kooperation und Koordination der verschiedenen Sicherheitsbehörden sowie einer eindeutigen Verteilung der Verantwortlichkeiten. (In Bezug auf den Schutz maritimer kritischer Infrastruktur führte das Fehlen einer eindeutigen Zuordnung zur Forderung, nach einem die Zuständigkeiten und Befugnisse klar regelnden Seesicherheitsgesetz, u. a. durch maritime Interessenverbände sowie im Bundestag durch die Fraktion der CDU/CSU.) Nach eindeutiger Festlegung der Verantwortlichkeiten wären die dann zuständigen Behörden mit den erforderlichen Überwachungs- und Schutzfähigkeiten auszustatten.

Bei attribuierbaren hybriden Aktivitäten sollte nach Ansicht z. B. des Völkerrechtlers *Pascal Hector* zudem die Palette möglicher **Gegenmaßnahmen im Rahmen des Friedensvölkerrechts** ausgeschöpft werden. In diesem Zusammenhang gilt es, dessen Regeln zügig neu auszulegen bzw. anzupassen, damit auch bei hybriden Aktivitäten unterhalb der Schwelle organisierter Gewalt ein ausdifferenzierter Instrumentenkasten für Gegenmaßnahmen zur Verfügung steht.

Um der beabsichtigten Spaltung der Gesellschaft effizienter entgegenzuwirken, sollten Erkenntnisse zu den politischen und militärischen Absichten des Kreml sowie zu den von dort gesteuerten Desinformationskampagnen nach Auffassung des BMI in noch stärkerem Maße faktenbasiert und transparent öffentlich kommuniziert werden.

Literatur:

- Charlie Edwards, Russia's hybrid war in Europe enters a dangerous new phase, IISS, 26. November 2024.
- Thomas Latschan, Wie funktioniert Russlands hybride Kriegführung?, Deutsche Welle, 28. November 2024.
- Arno Van Rensbergen, Matt Lynes, <u>How Russia's hybrid war is undermining Europe: Sabotage, disinformation, and political chaos</u>, The Parliament Magazine, 21. Januar 2025.
- European Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, <u>Eighth progress</u> report on the implementation of the 2016 Joint framework on countering hybrid threats and the 2018 Joint communication on increasing resilience and bolstering capabilities to address hybrid threats, Brüssel, 10. Oktober 2024.